Tages-Anzeiger
10.05.2012 Seite 1 / 1
Auflage/ Seite 197034 / 3 9131
Ausgaben 300 / J. 9696673
EVD / PD / UVEK / EFD / EDI / EJPD / BK

Alkohol- und Tabakprävention wird trotz Kritik fortgesetzt

Eine vom Bund bestellte neue Studie stellt seinen Präventionsprogrammen ein schlechtes Zeugnis aus. Der Bundesrat lässt sie trotzdem verlängern.

Von Fabian Renz, Bern

Nach Ansicht des Bundesrates wird in der Schweiz zu viel geraucht, getrunken und gegessen und zu wenig Sport getrieben. Um die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern, lancierte die Regierung 2008 drei Präventionsprogramme: je eines für die Themenbereiche Alkohol und Tabak sowie ein gemeinsames für Ernährung und Bewegung. Gestern beschloss nun der Bundesrat, diese Ende Jahr auslaufenden Programme bis 2016 zu verlängern. Sie hätten sich «bewährt» und «Fortschritte gebracht», heisst es in einer Medienmitteilung. Für die neuen Projekte sollen jährlich 4,5 Millionen Franken bereitgestellt werden.

Zwei vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) jüngst publizierte Evaluationsberichte lassen indes Zweifel an der Effektivität aufkommen. Dies gilt vor allem für die Programme gegen Alkohol und Tabak, die vom Institut Interface in einem gemeinsamen Bericht beurteilt wurden. Unter anderem kommen die Autoren zu folgenden Schlüssen:

● **Verfehlte Ziele:** Weder Alkohol- noch Tabakprogramm werden die wichtigsten ihrer Ziele – soweit sie messbar sind – für Ende 2012 erreichen. Dies ist vor allem beim Tabakprogramm der Fall. So sollte der Anteil der rauchenden Minderjährigen von 24 Prozent (2007) auf unter 20 Prozent gesenkt werden. Tatsächlich ist diese Quote, nachdem sie zunächst leicht sank, laut Bericht im Jahr 2010 wieder auf 24 Prozent angestiegen. Auch die Gesamtzahl der Raucher und Passivraucher dürfte sich kaum wie angestrebt reduzieren. Sie sei zwar etwas geschrumpft, doch sei fraglich, ob diese Entwicklung auf das Programm zurückgehe oder einen «allgemein zu beobachtenden Trend» darstelle.

● **Wirkung zu wenig messbar:** Die meisten Zielsetzungen und anvisierten Effekte sind so allgemein formuliert, dass es den Prüfern schwerfällt, über Erfolg oder Misserfolg zu urteilen. Vor allem beim Alkoholprogramm wird die fehlende Messbarkeit als «Schwachpunkt» kritisiert. Ein allfälliges Nachfolgeprogramm müsse «machbarer, konkreter und überprüfbarer sein». Auch das Tabakprogramm verfüge insgesamt über «kein logisches Zielsystem».

● **Organisatorische Mängel:** Beide Programme kranken laut Bericht an organisatorischen Schwächen und teils ungenügender Koordination unter den zahlreichen Akteuren. Beim Alkoholprogramm hätten vor allem «Meinungsverschiedenheiten» zwischen dem BAG und der Eidgenössischen Alkoholverwaltung dazu geführt, dass man in der Umsetzung weniger weit sei als geplant. Inzwischen seien die Kompetenzstreitigkeiten zwar mehrheitlich ausgeräumt. «Kantone, Gemeinden und Fachverbände leiden nach eigenen Angaben aber dennoch bis heute unter dem erwähnten Konflikt.» Er belaste die Verständigung unter den am Projekt beteiligten Partnern; vielfach wüssten sie nicht, wer wofür zuständig sei.

● **Fehlende Massnahmen:** Generell litten die Programme unter dem politischen Umfeld, das kaum wirksame Präventionsmassnahmen zulasse. So mussten die ursprünglich angedachten Steuererhöhungen für Alkoholika oder die kürzeren Ladenöffnungszeiten wegen des politischen Widerstands fallen gelassen werden. Die Projektverantwortlichen hätten es anschliessend verpasst, ihre Oberziele entsprechend anzupassen, monieren die Studienautoren. Sie empfehlen, bei den Nachfolgeprogrammen einige der umstrittenen Massnahmen wieder aufzugreifen.

Die zweite Evaluation, die dem Programm «Ernährung und Bewegung» gewidmet ist, urteilt etwas weniger kritisch. Sie wurde allerdings nicht von Interface, sondern vom Büro Infras erstellt. Alle drei Programme werden letztlich trotz Kritik zur Fortführung empfohlen. Sie hätten allein schon symbolischen Wert und seien wichtig, um die auf vielerlei Ebenen praktizierte Präventionsarbeit zu koordinieren. Das BAG will den Kritikpunkten Rechnung tragen. Die empfohlenen repressiven Regulierungen hält man aber für «zurzeit politisch nicht mehrheitsfähig».

© Tages-Anzeiger, Zürich
ZMS Monitoring Services AG - Media Monitoring - www.zms.ch